

Abonnementpreis viertel 4 1/2 M., incl. Belegblätter 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegblätter 10 Pf. Bestellen für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 M. mit Postbefreiung 45 M. Inserate 1 Ggr. Petitzeile 20 Pf. Geborene Schriften laut unserem Preisverzeichnis - Labelscherer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionskopf die Spalte 40 M. Inserate sind stets an h. Expedition zu senden. - Redact wird nicht gegeben. Zahlung personennach oder durch Postnachschuß.

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Erscheint täglich**  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannisstraße 23.  
Sprechstunden der Redaction:  
Bormittags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
Für die Redaction eingesandte Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.  
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.  
In den Städten für Inf.-Anzeigen: Otto Klemm, Unterplanitzstr. 22, Deutsches Buchhändler-Verband, nur bis 1/2 8 Uhr.

N<sup>o</sup> 282.

Montag den 13. September 1880.

74. Jahrgang.

### Versteigerung auf den Abbruch.

Sämmtliche Bauwerkstätten in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken Nr. 14 und 15 der Mühlengasse sollen angetreten.  
Donnerstag, den 16. d. M., Vormittags 11 Uhr,  
an Waidstraße auf den Abbruch versteigert werden.  
Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernden Bauwerkstätten speciell aufgeführt sind, liegen in unserem Bureau (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, am 7. September 1880.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Stdt.

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 12. September.

Wir kommen auf den vor einiger Zeit in einem entlegenen Winkel der Schweiz abgehaltenen Congreß deutscher Socialdemokraten zurück, um aus den Verhandlungen einige Ergänzungen zu unserem ersten Berichte zu geben. Die Versammlung entspannte sich durchaus als eine Filiale der rothen Internationale. In der 6. Sitzung wurden neben anderen Organisationsanträgen folgende Anträge angenommen:  
Zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung der Socialisten und Socialdemokraten des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland, sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzterer und den Bruderparteien des Auslandes, wird eine Correspondenzstelle außerhalb Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschlüsse, Anträge u. dgl. entgegen zu nehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat. In der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre soll ein Parteicongreß stattfinden. Die Form der Einberufung steht den autorisirten Personen zu.  
Ferner wurde beschlossen, daß der in Zürich erscheinende „Socialdemokrat“ das einzige offizielle Organ der Partei sein soll. In der 7. Sitzung wurde noch beschlossen, in Zürich ein Parteiarchiv zu gründen und Flugblätter herauszugeben; in Deutschland sollen dagegen in Anbetracht der unzulässigen Verhältnisse keine neuen Zeitungen gegründet werden. In Bezug auf das Verhalten bei den Wahlen wurde folgender Beschluß gefaßt:  
Die anwesenden Vertreter der socialdemokratischen Arbeiterpartei deutscher Sprache empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Commune zu betheiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten. Insbesondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemeine und energischste Thätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Einnahme folgender Schritte: 1) Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen und feste Organisation in jeder geeigneten Weise. 2) Einnahme regelmäßiger Selbstsammlungen. 3) In allen Wahlkreisen, ohne Rücksicht auf die Zahl der Gewinnschancen, bei der Wahl selbstständig vorzugehen und eigene Candidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung. (Küster den von der Partei bereits eroberten Wahlkreisen werden 21 weitere Kreise als offizielle erklärt.)  
Schließlich wurde noch einstimmig folgender Beschluß gefaßt:  
Der Congreß deutscher Socialisten, in Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muß und daß die deutsche Socialdemokratie von jeder ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen socialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines socialistischen Weltcongresses mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertrötter, den Congreß mit zwei Vertretern zu beschicken.  
Bemerkenswert sind die Bestimmungen, welche dem Congresse von deutschen, schweizerischen, niederländischen, belgischen, französischen, ungarischen, polnischen, russischen Socialisten zugehen. In diesen Zuschriften wird die „Nothwendigkeit der engsten Solidarität der Socialisten aller Sprachen“ betont. In dem Gruß aus Warschau werden die deutschen Socialdemokraten aufgefordert, „das heilige Werk der proletarischen Emancipation durch die universelle Revolution mit Energie fortzuführen“.  
Daß hier in Leipzig vor Kurzem einige 30 Socialistenführer, welche in einer geheimen Versammlung über diesen „Congreß“ Bericht erstatteten, verhaftet, alsbald aber wieder freigelassen worden sind, ist unseren Lesern bekannt. Die Organisation der socialdemokratischen Partei scheint uns, nach diesen Anzeichen zu schließen, keineswegs getrocknet zu sein, Grund genug für die Ordnungsparteien, um vor der revolutionären Propaganda auf der Hut zu sein.  
Die hannoverschen Nationalliberalen werden sich, wie bereits gestern kurz erwähnt, demnächst auf einem Parteitage zusammenfinden. Nachstehend theilen wir den Wortlaut der Einladung zu der auf Sonntag, den 19. d. M., anberaumten Versammlung mit. Sie lautet:

Der vor Kurzem erfolgte Austritt einer Anzahl von Mitgliedern des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses aus der national-liberalen Partei läßt es den Unterzeichneten dringend erforderlich erscheinen, daß die National-liberalen der gesammten Provinz Hannover ihrer Stellung zur Seceffion einen klaren und bestimmten Ausdruck geben. Zu diesem Zwecke laden wir Sie zu einer am Sonntag, den 19. d. M., 12 Uhr, im Saale der hiesigen Börse abzuhaltenden Parteiversammlung ein, erlauben Sie zugleich, Vertrauensmänner und Parteifreunde, denen dieses Schreiben nicht zugegangen ist, zum Besuche veranlassen zu wollen.  
Hannover, 10. Sept. 1880.  
R. v. Bennigsen, Senef, Rechtsanw., Polber, Kaufmann, E. Brühl, Oberlehrer, Evers, Director, Heiliger, Rechtsanw., Hoppe, Justizrath, Hornemann, Mitglied des Landtages, v. d. Horst, Senator, Jünger, Schaprat, Jurist, Bürgermeister a. D., Jänede, Commerzienrath, Kalkin, Lehrer, Klein, Senator, Dr. König, Schaprat, a. D., Rudmann, Bützger, Vaport, Mitglied des Reichstages, Wadenzen, Mitglied des Landtages, Wabraun, Seminar-director, Dr. Wälder (Wälzel), Mitglied des Landtages, Eduard Meyer, Fabrikant, Reichard, Redacteur, Rümpler, Senator, Schläger, Mitglied des Landtages, Hum Berge, Redacteur.

Eine Correspondenz der „Magdeburger Zeitung“ aus Hannover äußert sich zur Sache wie folgt: „Daß in der Versammlung alle politischen Schattierungen der hannoverschen liberalen Partei vertreten waren, namentlich von dem am weitesten rechts gehenden Reichstagsabgeordneten Raporte bis zu den Landtagsabgeordneten Hornemann, Dr. Müller und Dr. Schläger, dürfte unzweifelhaft voraussetzen lassen, daß gleiche Richtung und Festhaltung an den bisherigen Principien in der Provinz allseitige Zustimmung finden werden, zumal, wenn v. Bennigsen, wie es den erfreulichen Anschein hat, wieder lebhafter als vor wenigen Jahren an die Spitze der politischen Agitation zu treten entschlossen ist. Wird Letzteres durch die Separation wirklich erreicht, dann wird sie einen nicht zu unterschätzenden Nutzen für das politische Leben in Deutschland zu Wege bringen. Des sind wir sicher.“

Die Berliner Fortschrittspartei hat beschlossen, sich auf das Innigste der Gruppe Paster-Fordens bed anzuschließen. So kann denn auch das „Berliner Tageblatt“ vom 11. d. M. melden: „Dieser Tage sind die hier in Berlin anwesenden Mitglieder des Centralwahlcomité der Fortschrittspartei zusammengetreten, um Stellung zu der Erklärung der Herren v. Fordens und Genossen zu nehmen. Es wird von darüber als zuverlässig mitgeteilt, daß einstimmig die Beschlüsse von Birchow und Rogg vertretenen Ansicht sich geltend machte, daß zu der neuen liberalen Partei eine durchaus freundliche und entgegenkommende Haltung eingenommen werden müsse. Demgemäß wurde denn auch beschlossen, auf die Parteipresse, wo das etwa noch möglich wäre, in diesem Sinne einzuwirken. Dieser Beschluß ist um so verständlicher, als die liberale Versammlung einzig war in der Betonung der Absicht, mit der Fortschrittspartei in Fühlung zu verharren und insbesondere bei den Wahlen den gegenwärtigen Bestand derselben in keiner Weise zu tangiren, dagegen aber bei der Eroberung neuer Mandate ein Bündniß zu schließen.“

Die Regierung trifft bereits Vorbereitungen für die nächste Session des Reichstages. Die Beratung des Schatzsecretärs Scholz nach Friedrichsruh sollte wesentlich den Zweck haben, bezüglich der für den Reichstag bestimmten Steuervorlagen eine Entscheidung zu treffen. Nach der neuen Geschäftsordnung des Bundesraths sollen ja die wichtigsten Vorlagen für den Reichstag so zeitlich vorbereitet werden, daß die Beratung derselben im Plenum des Bundesraths im Zusammenhange und unter Teilnahme der Minister der Einzelstaaten erfolgen kann. Diese Minister Session — so wird officiell berichtet — soll nach den vorläufigen Andeutungen im December, spätestens im Januar nächsten Jahres stattfinden, es ist also unerlässlich, daß die Vorlagen an den Bundesrath im Laufe der nächsten Monate fertig gestellt und mitgeteilt werden.

Die von Gambettischer Seite gegen den französischen Ministerpräsidenten in Bezug auf

die Ausführung der Märzdecrete in Scene gesetzte Opposition bewegt sich plötzlich wieder in einem langsameren Tempo. Andererseits bringt auch der „National“ eine officiöse Note, wonach die striete Ausführung der Decrete keinem Zweifel mehr zu unterliegen scheint. In opportunistischen Kreisen behauptet man, Freycinet werde Erklärungen geben, die ihm gestattet im Ministerium zu verbleiben. Uebrigens hat der Herr Ministerpräsident auf den 18. d. M. den Cabinetstath berufen. Derselbe, welcher unter dem Vorsitze Gredy's stattfinden wird, soll über die Frage betreffs der Congregationen entscheiden. — Zur Lage bringt die „R. Z.“ aus Paris die folgende bemerkenswerthe Correspondenz:

Die Lage wird ihre nächste Entwicklung durch die Beschlässe Gambetta's gewinnen. Stürzt Gambetta jetzt Freycinet, wie er das kann, so wird ein kühner Aufbruch sich ergeben, das Gambetta selbst das Ministerium übernimmt. Aus diesem Grunde arbeiten die erbittertesten Feinde mit an dem Sturze Freycinet's. Will aber Gambetta heute eine Verwaltung bilden, so kann er seine Minister nur aus dem radicalsten Theile seiner Anhänger entnehmen; es würde ein Cabinet werden, in welchem, wie ein Freund Jules Simons mir dieser Tage sagte, Herr Brisson die Rechte führen wird. Es ist weiter nichts klarer, als daß ein radicales Cabinet, an dessen Spitze der Redner von Cherbourg steht, ganz Frankreich in Erregung bringen würde. Diese Verhältnisse legen Gambetta's Schonung gegen Freycinet auf, so lebhaft seine Empfindlichkeit gegen den Ministerpräsidenten ist, der die Rolle als Marionette zu spielen ganz energisch ablehnt hat. Gambetta will bis nach der nächsten Wahl im Hintergrunde bleiben, er möchte am liebsten bis zu einem Kriege ausbleiben warten; er muß wissen, wie sein Eintritt in die Regierung in Frankreich und Europa aufgefaßt werden wird. Am liebsten ist ihm heute, daß die Congregationen die Rollen des jetzigen Conflictes begabten werden; die Folgen der Maßregeln gegen diese werthlos allerdings greifen, als die gegen die Jesuiten, denn sie geben unmittelbar gegen den größten Theil des französischen Volkthums. Jedenfalls dürfen wir hier einer ereignisreichen Zeit entgegensehen.

Ueber die innern Verhältnisse Portugals verlautet im Allgemeinen wenig in der europäischen Presse. Neuerdings indessen hat Herr E. D. Henriquez, welcher hinsichtlich Gelegenheiten gehabt hat seinen Gegnern zu stürzen, eine Skizze der gegenwärtigen Lage Portugals veröffentlicht, die lehrreichs nach ansetzt ist. Diejenigen zu befragen, welche an der Zukunft des kleinen Staats interessiert sind.

Sollte seine Schilderung aber auch übertrieben sein, — so heißt es in einer Correspondenz der „Allgemeinen Zeitung“ — so fährt er doch viele Thatsachen an, welche den Beweis liefern, daß der Fortschritt des Landes durchaus nicht allen Voraussetzungen entspricht. Die gerade am Ruher stehende Partei hat viel dazu beigetragen, das Land aufzuschließen. Mehr denn 6 1/2 Millionen sind für Eisenbahnen, neue Landstraßen, Eisenbahnen und Telegraphen verausgabt worden; in diesem Augenblicke wird an der Herstellung von Häfen gearbeitet. Ueber schaffen die für diese Arbeiten benötigten Summen ein chronisches Deficit, obgleich in späterer Zeit der Staat sicherlich nicht dabei zu kurz kommen wird. Arme und Marine sind nicht in den rechten Händen und ohne Bedeutung. Die nominelle Stärke der Armees beträgt 30,000 Mann, von welchen jedoch 8000 freizulassen sich befinden; die Armees recrutirt sich durch die Conseription; da die Wöchnerin des Gemeinen jedoch nur 35 Pfennige per Tag beträgt, so ist der Dienst ein äußerst unpopulärer. Die Marine zählt ein Panzergeschiff, fünf Dampfcorvetten und neun Kanonenboote; allein die Lichtigkeit dieser kleinen Flotte ist eine durchaus fragwürdige. Als der Prinz von Wales Lissabon besuchte und der König wünschte, demselben über die Barre hinaus das Geleite zu geben, konnte mit knapper Noth ein Schiff aufgetrieben werden; es war jedoch so schlecht bemannet und besetzt, daß es beinahe durch eines der englischen Schiffe in den Grund gehoben wurde. Die Richter sind schlecht bezahlt; diejenigen des höchsten Gerichtshofes erhalten 10,000 A per Jahr, allein sie genießen den Ruf ehrlicher und achtbarer Männer. Sie besitzen die unerbittliche Macht, die Entscheidung eines Schwurgerichtes umzukürzen, indem sie dieselbe als „ungerecht“ erklären. Herr Henriquez meint, daß ohne dieses Vorrecht Schwurverurtheilte selten dazu zu bringen sein würden, ein Schuldig zu sprechen. Die Polizei glänzt nur durch ihre Unwesenheit, und die Bürger Lissabons und Oporto's haben zusammen und besoldeten Privatpolitiken, um ihre Straßen und Wohnungen zu überwachen. Sanitätsvorkehrungen greifen im Innern gar nicht und das Volk befindet sich in beklagenswerther Unwissenheit. Die öffentliche Schuld beläuft sich derzeit auf 84,000,000 Thaler, außer der schwebenden Schuld, die Zinsen betragen ungefähr 3,800,000 Thaler. Wenn man bedenkt, daß die Gesamteinkünfte des Landes sich nur auf etwa 6,200,000 Thaler belaufen, so kann man ersehen, daß Portugal, wie einige seiner Nachbarn, sich durchaus nicht in gesunder Finanzlage befindet.

Die Pforte giebt Dulcigno heraus, fürst Ritia begünstigt sich mit dem militärischen

status quo, die Flottendemonstration ist verschoben — diese friedliche Kunde brachte uns gestern der Telegraph. Und in der That zu einem längeren Temporisiren schien die Lage nicht mehr ansetzen zu sein. Noch vor Kurzem war durch die Türkei den Mächten die Aufrechterhaltung des status quo in dem bezüglichen Rayon vorgeschlagen worden. Letzterer Proposition entsprechend sollen beide Theile dabeist definitiv in dem Besitz der von ihnen gegenwärtig besetzten Positionen verbleiben; die Albanesen behalten danach Grubra, Dinose, Bladna, Schigskanik und Katagosch, die Montenegriner dagegen den Wald von Stanisema und die Dörfer von Bilan und Gorni Kostil. Man hob bei Motivirung dieses Vorschlags als wesentlich hervor, daß dadurch in den in Rede stehenden Districten Blutvergießen vermieden werden würde. Wir hoffen, daß diese friedliche Wendung dieser verwickelten Angelegenheit sich auch bestätigen wird.

### Aus Stadt und Land.

Leipzig, 11. September. In Verfolg unseres Berichts in Nr. 275 d. Bl., die Vorbereitung der Gewerbetamer-Wahlen betreffend, haben wir heute noch nachzutragen, daß die in der Versammlung vom 4. d. Mts. festgestellte Wahlliste, weil ohne vorausgegangene Verhandlung mit den Innungsvorständen zu Stande gekommen, nicht ohne Anfechtung geblieben ist. In der in Folge Dessen am 7. d. Mts. im „Stadtpark“ stattgefundenen Versammlung aller Innungsvorstände, zu welcher auch die Vertreter der Polytechnischen Gesellschaft eingeladen waren, wurde beschlossen, die oben erwähnte Wahlliste einer erneuten Abstimmung zu unterwerfen. Das Resultat dieser Abstimmung ergab die Befähigung von 40 der aufgestellten Wahlmännern-Candidaten, wogegen die übrigen 12 derselben in der Minorität verblieben. Bezug nehmend auf die Ergänzung der Wahlliste wurde darauf eine aus 5 Mitgliedern bestehende Commission gewählt und ermächtigt, in Vereinbarung mit der Gewerbe-Commission der Polytechnischen Gesellschaft 12 andere Wahlmännern-Candidaten aufzustellen und den Druck der den Wählern zu behändigenden Wahlzettel zu veranlassen. Auch wurde von der Versammlung anerkannt, daß jeder der Anwesenden verpflichtet sei, der vereinbarten Wahlliste, als für ihn obligatorisch, Folge zu geben, sowie daß die Kosten des Druckes und der Verbreitung der Wahlzettel von den betheiligten Innungen und Corporationen anteilig zu tragen seien. Nachdem nun in der gestern Abend stattgefundenen Sitzung der vereinigten Commissionen die Ergänzung der Wahlliste vereinbart worden ist, theilen wir dieselbe nachstehend mit, und wollen gern hoffen, daß dieselbe, als alle Gewerbezweige berücksichtigend und aus der Einigung aller gewerblichen Körperschaften hervorgegangen, auch allen Gewerbetreibenden Leipzigs als Richtschnur dienen möge: Bäcker-Obermstr. Frischke, Goldbildhauer Martin, Böttcherstr. Schmale, Conditor Reichel, Grabatensfabr. Klag, Drechslermstr. Eberhard, Firmenschriftschreiber Krotel, Postbaumstr. und Fischer-Obermstr. Köhler, Fleischermstr. Hartig, Freiseur Köster, Glaserstr. Frischmann, Goldarbeiter Müller, Holzhandl. Claus, Schmiedemstr. Wittig, Instrumentenmacher Förster, Klempnermstr. Wilhelmy, Klempnermstr. Bach, Gandelsgärtner Wösch, Kupferschmiedemstr. Salzmann, Kürschnermstr. Schütz, Lackierer Hartmann, Buchbindermstr. Höste, Maurermstr. Bachhaus, Gastwirths Grün, Schlossermstr. Deulshausen, Schneidermstr. Karl, Schuhmacher-Obermstr. Schölein, Seisenfiedermeister Klinger, Seilermeister Vater, Steinmetzmstr. Damm sen., Tapezierer Danneke, Tischlermstr. Günzel, Tischlermstr. Heinrich, Uhrmacher Albrecht, Stellmachermstr. Jählich, Zimmermstr. Handwerd, Xylograph Karand, Mechaniker Rübn, Gastwirth Bohn, Schlossermstr. Pippig, Tapezierer Michael, Gutmacher-Obermstr. Köst, Maler Berthold, Kohlenhändler Kabe, Cigarrenhändler Gähler, Kaufmann E. W. R. Lodi, Barbier Schaub, Gelbgießer Günzel, Steinbruckermeister Dohse, Architect Köhbach, Stuccateur Geydrich, Fohgerber-Obermstr. Rasmann.

Leipzig, 12. September. In der Angelegenheit des vielbesprochenen Leipziger Siegesdenkmals macht sich wieder einmal ein Lebenszeichen bemerkbar. Bekanntlich herrschte zwischen unseren beiden Stadtvertretungen — dem Rath und den Stadtverordneten — eine Meinungsverschiedenheit über die Wahl des Plozes und es wird deshalb in der nächsten öffentlichen Versammlung des Stadtverordnetencollegiums der Defonowier, Bau- und Finanz-Ausschuß sein Gutachten in der fraglichen Angelegenheit abgeben, so daß jedenfalls dann ein endgiltiger Beschluß des Collegiums erfolgen wird.